



N i e d e r s c h r i f t

über die 4. öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses - Bereich
Finanzen - in der Wahlperiode 2023/2027 am 07.05.2024

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 16:55 Uhr

Teilnehmende:

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Neuhoff

Stadträtin

Frau Stadträtin Eulig

SPD - Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers
Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
Herr Stadtverordneter Caloglu
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

CDU - Fraktion

Herr Stadtverordneter Ventzke
Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
Frau Stadtverordnete Milch

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Miholic

BD - Fraktion

Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Kaminiarz

Fraktion DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Brand

Gruppe AFD

Herr Stadtverordneter Koch

Schriftführerin

Frau Mangels

Unentschuldig:

Herr Stadtverordneter Schott
Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB

Weitere Teilnehmende:

Stadtkämmerei:	Herr Emmerlich, Herr Khalaf
Gesamtpersonalrat:	Herr Kieck
Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:	Herr Junge
Personalrat Bauverwaltung:	Herr Schulz
Personalrat Personalrat Bürger- und Ordnungsamt und Ortspolizeibehörde	Herr Wagner
Personalrat Schulen	Herr Weichel
Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport	Frau Rinas
Sprecherin der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten	Frau Perau

Herr Bürgermeister Neuhoff begrüßt die Sitzungsteilnehmenden und gibt bekannt, dass aufgrund der Änderung der Sitzverteilung in den Ausschüssen Frau Kirschstein-Klingner nicht mehr Mitglied im Ausschuss ist, sondern stattdessen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P nun mit Herrn Schott ein zweites Mitglied im Ausschuss stellt. Ferner hat Herr Lichtenfeld als Einzelstadtverordneter kein Stimmrecht mehr bei den Abstimmungen.

Im gleichen Zuge teilt Ausschussvorsitzender Herr Neuhoff mit, dass in dieser Sitzung Herr Hoffmann durch Frau Kirschstein-Klingner, Herr Hilz durch Herrn Miholic und Herr Secci durch Frau Brand vertreten wird.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Neuhoff den form- und fristgerechte Einladung der Ausschussmitglieder fest. Nach Abfrage, ob Widersprüche gegen die versandte Tagesordnung erhoben werden beziehungsweise ob es dazu Änderungswünsche gibt, legt Herr Neuhoff die Tagesordnung gemäß Einladung fest.

1. Einwohnerfragestunde

Herr Bürgermeister Neuhoff teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass Herr Hero Lang, wohnhaft in der Dieselstraße 17, 27574 Bremerhaven, eine Einwohnerfrage eingereicht hat, ihm allerdings die Teilnahme an der hiesigen Sitzung nicht möglich ist und er sich entschuldigen lässt.

Herr Hero Lang hat im Vorwege mitgeteilt, dass er verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen. Ausschussvorsitzender Herr Neuhoff gibt die von Herrn Hero Lang zur Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 07.05.2024 fristgerecht eingereichte und an Herrn Neuhoff gerichtete Frage sowie die Antwort der Entsorgungsbetriebe Bremerhaven zu Protokoll:

Wie hoch ist der Betrag den das Umweltamt zusätzlich beantragt hat (in den Haushaltsjahren 2024/25) um die Oberflächen/Niederschlags-Entwässerung in der Stadt Bremerhaven auf einen aktuellen, den heutigen Erfordernissen entsprechenden Stand zu bringen? Ankündigung auf der Sitzung der 4 Stadtteilkonferenzen vom 16. April 2024, als erste aktive Maßnahme im Erfinder Viertel und umzu.

Entgegen der Fragestellung wurde in der Sitzung der Stadtteilkonferenzen am 16. April 2024 nicht angekündigt als erste aktive Maßnahme die Oberflächen/Niederschlags-Entwässerung in der Stadt Bremerhaven auf einen aktuellen, den heutigen Erfordernissen entsprechenden Stand zu bringen. Die Stadt Bremerhaven hält ein den heutigen Erfordernissen entsprechendes Niederschlagswassersystem vor, das von der

Entsorgungsbetriebe Bremerhaven Anstalt öffentlichen Rechts (EBB) verwaltet und von der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft mbH betrieben wird. Der Betrieb umfasst die regelmäßige Reinigung der zum System gehörenden Gewässer. Die Reinigungsmaßnahmen werden von der EBB kontrolliert.

Im Stadtgebiet gibt es jedoch auch Gräben in dritter Hand, die als gemeinschaftliche Entwässerungsanlagen Niederschlagswasser fortleiten. Diese Gräben sollen zunächst in einem Kataster erfasst und ihre Bedeutung für die Entwässerung geprüft werden.

Ein zusätzlicher Mehrbedarf entsteht dadurch nicht. Daher wurde vom Umweltschutzamt hierfür kein zusätzlicher Mehrbedarf für die Haushaltsjahre 2024/2025 beantragt.

2. Genehmigung der Niederschrift über den Finanzteil der 3. öffentlichen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 29.02.2024 **14/2024**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss genehmigt die Niederschrift.

Der Beschluss ergeht bei vier Enthaltungen der Stadtverordneten Herr Caloglu, Frau Kirschstein-Klingner, Herr Miholic und Frau Brand einstimmig.

3. Sachstandsbericht öffentliche Sitzung FWA 07.05.2024 **15/2024**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2022 **16/2024**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt

- den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2022 sowie
- die Haushaltsrechnung der Stadtkämmerei 2022

zur Kenntnis und bittet die Stadtkämmerei, die Unterlagen gemäß § 69 der Verfassung für die Stadt Bremerhaven zur überörtlichen Prüfung an den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen weiterzuleiten.

5. Haushalts- und Kassenabschluss nach den §§ 82 und 83 der Landeshaushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2023 in der Stadt Bremerhaven **17/2024**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den nach den §§ 82 und 83 der Landeshaushaltsordnung vorgeschriebenen Haushalts- und Kassenabschluss 2023 zur Kenntnis.

6. **Rechnungsergebnisse der Ausschussbereiche 0 „Zentrale Finanzwirtschaft“ und 2 „Finanzen, Wirtschaft, Rechtsangelegenheiten“ zum 14. Monat des Haushaltsjahres 2023** 18/2024

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt gemäß Ziffer 4.2 der Rücklagenrichtlinie des Magistrats der Stadt Bremerhaven die zahlenmäßig abgestimmten Rechnungsergebnisse der Ausschussbereiche 0 und 2 auf der Grundlage des 14. Monats 2023 zur Kenntnis.

7. **Vorlage des Senators für Finanzen für die Sitzung des Senats am 27.02.2024: „Kommunalinvestitionsförderungsgesetz I (KInvFG I) hier: Abschlussbericht“** 19/2024

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die als Anlage beigefügte Senatsvorlage „Kommunalinvestitionsförderungsgesetz I (KInvFG I) hier: Abschlussbericht“ des Senators für Finanzen zur Kenntnis.

8. **Entnahme aus der kapitelbezogenen Rücklage des Referats für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft zur Finanzierung des kommunalen Anteils der Stadt Bremerhaven für das Projekt „Planungsmittel Werftquartier“** 20/2024

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, dem Referat für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft bei der Haushaltsstelle 6782/790 15 „Entwicklungsgebiet Werftquartier Brhv.“ Mittel in Höhe von 500.000 Euro zwecks Finanzierung des Anteils der Stadt Bremerhaven an den Kosten für die Planungsarbeiten für das Werftquartier im Jahr 2024 zur Verfügung zu stellen.

Zur Deckung werden Mittel in entsprechender Höhe aus der kapitelbezogenen Rücklage über die Haushaltsstelle 6782/359 01 „Entnahme aus der kapitelbezogenen Rücklage“ herangezogen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

9. **Jugendparlament und Frauenförderung (Zuschüsse an Frauenprojekte und -vereine); Ausnahme nach Nr. 4.1 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024** 21/2024

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt eine Ausnahme gemäß Nr. 4.1. der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 auf Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Bewilligung von Zuwendungen als Projektförderung für Maßnahmen der Frauenförderung und des Jugendparlaments sowie der Verwendung der Sachkosten für das Projekt „Jugendparlament“ für das Jahr 2024 im Rahmen der im Haushaltsplan 2023 festgestellten Haushaltsansätze.

Bei einer Gegenstimme des Stadtverordneten Herr Koch sowie einer Enthaltung von Frau Stadtverordnete Tiedemann ergeht der Beschluss mehrheitlich.

10. Wohnen in Nachbarschaften (WiN); Ausnahme nach Nr. 4.1 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 **22/2024**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt eine Ausnahme gemäß Nr. 4.1. der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 auf Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Ermöglichung des Programmstarts vor Rechtskraft des Haushalts 2024/2025 dessen Umsetzung und die Veranschlagung der finanziellen Mittel in Höhe von 185.000 Euro.

Bei einer Gegenstimme des Stadtverordneten Herr Koch sowie einer Enthaltung von Frau Stadtverordnete Tiedemann ergeht der Beschluss mehrheitlich.

11. Integration und Chancengleichheit (Weiterführung von Projekten mit besonderer Relevanz); Ausnahme nach Nr. 4.1 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 **23/2024**

Herr Bürgermeister Neuhoff merkt an, dass in der Vorlage unter Punkt E korrekt „des Sozialreferates“ heißen muss.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt eine Ausnahme gemäß Nr. 4.1. der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 auf Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Bewilligung von Zuwendungen als Projektförderung für die Projekte „Traumasensible Beratung“, „Beratung von Geflüchteten mit Behinderung“ und „Formularlotsen“ durch das Sozialreferat und die Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 234.841,53 Euro über 6408/684 01 „Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen“.

Bei einer Enthaltung von Frau Stadtverordnete Tiedemann ergeht der Beschluss mehrheitlich.

12. Inbetriebnahme der städtischen Brunnenanlagen; Ausnahme nach Nr. 4.1 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 **24/2024**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stimmt einer Ausnahme gemäß Nr. 4.1. der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 auf Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Inbetriebnahme der städtischen Brunnenanlagen nachträglich zu.

Bei einer Enthaltung von Frau Stadtverordnete Tiedemann ergeht der Beschluss mehrheitlich.

- 13. Ausnahme nach Nr. 4.1 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 für kulturelle Projekte des Kulturamtes** **29/2024**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt eine Ausnahme gemäß Nr. 4.1. der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 auf Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung kultureller Projekte des Kulturamtes im Rahmen von jeweils 50% der Haushaltsmittel auf der Grundlage der Haushaltsansätze des Doppelhaushaltes 2022/2023.

Bei einer Gegenstimme des Stadtverordneten Herr Koch sowie einer Enthaltung von Frau Stadtverordnete Tiedemann ergeht der Beschluss mehrheitlich.

- 14. Ausnahme nach Nr. 4.1 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 zur Durchführung der Europäischen Mobilitätswoche** **30/2024**

Frau Stadtverordnete Tiedemann weist nochmal darauf hin, dass sie sich für ihre Fraktion bei allen Abstimmungen über Ausnahmen in der haushaltslosen Zeit enthalten hat ohne dabei die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen in Frage zu stellen, da die Verwaltungsvorschriften aus Ihrer Sicht deren Finanzierung nicht hergeben.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt eine Ausnahme gemäß Nr. 4.1. der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2024 auf Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Beteiligung, Organisation und Durchführung der öffentlichkeitswirksamen Europäischen Mobilitätswoche.

Bei einer Gegenstimme des Stadtverordneten Herr Koch sowie einer Enthaltung von Frau Stadtverordnete Tiedemann ergeht der Beschluss mehrheitlich.

- 15. Haushaltsaufstellung 2024/2025** **31/2024**
Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2024/2025, Finanzplan-Entwurf 2023 bis 2027

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Vorlage zur Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2024/2025 mit den Anlagen 1 bis 9 zur Kenntnis und bittet die Stadtkämmerei, den Haushaltsplan-Entwurf mit allen erforderlichen Unterlagen und den unabweisbaren Änderungen zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.06.2024 vorzulegen.

Herr Stadtverordneter Raschen erklärt, dass die Einbringung des Antrags in diesen Ausschuss daraus resultiert, dass ein gleichlautender Antrag an die Stadtverordnetenversammlung bisher in den Sitzungen nicht behandelt wurde. Nach dem Ausscheiden des damaligen Geschäftsführers und einer Phase mit Interimsleitung sei zunächst der weitere Betrieb sichergestellt worden. Es seien Beschlüsse über Untersuchungen zu Kostenvergleiche zwischen Sanierung, Umbau und Neubau gefasst worden. Während der Corona-Pandemie hätten zu viele Unsicherheiten für eine Ausrichtung der Weiterplanung vorgeherrscht, weshalb man sich in der Koalition auf die Instandsetzung verständigt habe. Neubau-Überlegungen wurden auch wegen der wirtschaftlichen Situation zunächst verworfen, sollten aber perspektivisch wieder in den Blick genommen werden. Ein Beschluss wie der vorgeschlagene diene auch dazu, den Beschäftigten der Stadthalle Planungssicherheit zu geben. Bremerhaven solle weiterhin ein Veranstaltungszentrum haben. Im Anschluss an die angestrebte Beschlussfassung werde der Aufsichtsrat kurzfristig den Geschäftsführer mit der Ausschreibung zu beauftragen, sodass im Verlauf ein immer konkreterer Zeitplan erarbeitet werden könne.

Frau Stadtverordnete Tiedemann äußert, dass sie den Antrag nicht nachvollziehen kann, da die Opposition nicht in den Informationsfluss eingebunden worden sei. Auf Grundlage der wenigen bzw. fehlenden Informationen könne ihre Fraktion bei einem so großen und teuren Projekt, was auch schon die Sanierung darstelle, keine faktenbasierte Entscheidung treffen, und werde daher den Antrag ablehnen.

Darauf erwidert Herr Stadtverordneter Miholic, dass entgegen des Wunsches der Neubau ohne eine Verschuldung nicht möglich ist. Aufgrund der Aussicht auf eine kurz- bis mittelfristige Planungssicherheit sehe er die Entscheidung positiv.

Laut einem Zitat, dass Frau Stadtverordnete Brand aufgreift, wurde bei der Sanierung vor ungefähr 30 Jahren schon nur das Nötigste erneuert. Der technische Leiter habe sich damals schon für einen Neubau ausgesprochen. Frau Brand moniert die voraussichtlich niedrige Zuschauendenkapazität und die aus ihrer Sicht notdürftige Zwischenlösung.

Herr Stadtverordneter Kaminiarz hält einleitend fest, dass eine Entscheidung mit der Tragweite nach seinem Dafürhalten in der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden muss und beantragt die Verweisung in das entsprechende Gremium. Die Koalition kritisiert er dafür, seit Beginn der vorangegangenen Wahlperiode nicht gehandelt zu haben und es bis zum Auslaufen der letzten Ausnahmegenehmigung gedauert hat, bis solch ein Antrag die Stadtverordnetenversammlung oder einen Ausschuss erreicht. Im Antrag gehe man von falschen Voraussetzungen aus und die Begründung für die Sanierung sei falsch. Nach der Pandemie sei die Nachfrage im Event- und Veranstaltungssektor enorm hoch. Um die Attraktivität der Stadt zu steigern, bedarf es Herrn Kaminiarz zufolge unter anderem einem funktionierendes Sport- und Veranstaltungsangebot, das mit einer neugebauten Stadthalle ermöglicht würde. Außerdem würden Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass stets mit teils vervielfachenden Kostensteigerungen zu rechnen sei. Dem Stadtverordneten Herr Kaminiarz fehlt die Beschreibung alternativer Szenarios abhängig von dem Verlauf der Sanierung. Aus dem Antrag gehe für ihn nicht hervor, ob die Anforderungen für die (2.) Basketball-

Bundesliga in Zukunft weiter erfüllt werden können und es würden viele Fragen offengelassen. Die Sanierung erscheint ihm als die minimale Lösung, stattdessen ist der Vorschlag von Herrn Kaminiarz eine Beschlussfassung über einen überarbeiteten Antrag auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu vertagen.

Herr Stadtverordneter Allers kündigt an den Antrag auf Verweisung in die Stadtverordnetenversammlung abzulehnen, auch schon deshalb, weil das wegen der zwischenzeitlich anstehenden Haushaltsberatungen einen Aufschub bis Ende August bedeuten würde. Aufgrund der langen Zeit, die ein Neubau benötigen würde, wäre gemäß Herrn Allers ausgenommen einer Stilllegung dennoch eine Sanierung erforderlich. Die Nachfrage sei durch die geografische Randlage und die Konkurrenz mit umliegenden Städten eingeschränkt, was auch die Zuschauendenzahlen im Vergleich zur Kapazität zeigen würden und letztendlich die Bedarfe schmälert. Nachfragestarke Veranstaltungen würden sich in einer deutlich anderen Größenordnung befinden. Nach dem Beschluss gelte es einen Fahrplan für die Sanierung aufzustellen.

Nachdem wird von den Stadtverordneten Frau Tiedemann, Herr Kaminiarz, Frau Brand, Herrn Miholic und Herrn Raschen teils kontrovers mit den Argumenten des (finanziellen) Ausmaßes einer Sanierung bei Entscheidung für einen Neubau, des Verzichts auf einen Dringlichkeitsantrag bzw. des Ansetzens einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung, der Finanzierung durch dritte Investoren, der Situation für die austragenden Sportmannschaften, der Generationengerechtigkeit sowie der Absehbarkeit eines uneingeschränkten Betriebs nach erfolgter Sanierung diskutiert.

Darauffolgend lässt Ausschussvorsitzender Herr Neuhoff zuerst über den vom Stadtverordneten Herr Kaminiarz für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P gestellten Antrag den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in die Stadtverordnetenversammlung zu überweisen abstimmen. Der Antrag wird bei Zustimmung der Stadtverordneten Herr Kaminiarz, Frau Tiedemann, Herr Koch und Frau Brand mehrheitlich abgelehnt.

Dem zweiten von Herrn Stadtverordneter Kaminiarz für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P gestellten Antrag gestellten, wie folgt lautenden Änderungsantrag:

„Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle

Seit Jahren kommt Bremerhaven bei den Planungen zur Stadthalle nicht von der Stelle. Ebenfalls seit Jahren ist klar, dass die bestehende Halle aus Sicherheitsgründen nicht mehr lange im notwendigen Umfang genutzt werden darf. Der Bau einer neuen Stadthalle würde dabei nicht nur die Sicherheitsprobleme lösen, sondern obendrein energetisch große Vorteile bieten und zudem neue Nutzungskonzepte ermöglichen.

Inzwischen melden sich aus dem Sport mehrere Akteure, die dringend mehr Hallenkapazität benötigen, als die alte Stadthalle bieten wird, um ihr sportliches Niveau halten zu können. So sind die Basketballer der Eisbären Bremerhaven an die Öffentlichkeit gegangen und haben umfassend und sachlich dargelegt, welche große Probleme auf sie vor allem hinsichtlich der Lizenzbedingungen im Profibasketball in den nächsten Jahren zukommen werden. Auf solche Sorgen muss die Politik endlich mit Klarheit reagieren.

In der Öffentlichkeit kursieren hohe Kostenschätzungen sowohl für die Sanierung als auch für den Neubau der Stadthalle. Es ist klar, dass die Stadt Bremerhaven weder die eine noch die andere Variante aus dem Kernhaushalt finanzieren kann. Also muss dringend ein Finanzierungsmodell rechtlich geprüft werden, dass diese schwierige finanzielle Lage der Stadt berücksichtigt.

Aus diesem Grunde möge der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließen:

1. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss spricht sich für den Neubau einer Stadthalle in Bremerhaven aus.
2. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fordert den Magistrat auf, von der Stadthallen GmbH ein konkretes Konzept für den Bau und Betrieb einer neuen Stadthalle erarbeiten zu lassen und dies der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
3. Dieses Konzept muss den Anforderungen an sportliche Großveranstaltungen namentlich der Eisbären Bremerhaven in den Basketball-Profiligen sowie von Tanzveranstaltungen der TSG Bremerhaven (Bundesliga sowie internationale Turniere) gerecht werden.
4. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fordert den Magistrat auf, ein Finanzierungskonzept für den Bau einer Stadthalle vorzulegen. Dabei sind insbesondere die rechtlichen und finanziellen Bedingungen dafür zu prüfen, dass die Stäwog die Stadthalle baut und an die Stadthallen GmbH vermietet.“

stimmen die Stadtverordneten Herr Kaminiarz, Herr Koch und Frau Brand zu und ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend ruft Herr Neuhoff zur Abstimmung über den originären Antrag auf: Der Beschlussvorschlag:

„Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss möge beschließen:

1. Die Dezernenten werden aufgefordert, alle notwendigen Schritte einzuleiten, dass die Stadthalle Bremerhaven saniert wird, damit weiterhin der Betrieb stattfinden kann. Dazu wird der Magistrat aufgefordert, für notwendige Umbau- und Sanierungsmaßnahmen einen Zeitplan und ein Finanzierungskonzept vorzulegen, der vermeidet, den kompletten Spielbetrieb langfristig zu unterbrechen. Dementsprechend sind notwendige Umbaumaßnahmen und Sanierungen einzuleiten und durchzuführen.
2. Für die notwendigen Maßnahmen sind bis spätestens November 2024 Angebote einzuholen.
3. Die Sanierungsplanungen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung zum Dezember 2024 vorzulegen.

4. Parallel sind die perspektivische Marktentwicklung und die Erfordernisse an eine moderne Stadthalle im Hinblick auf einen Neubau zu eruieren.“

wird bei vier Gegenstimmen der Stadtverordneten Herr Kaminiarz, Frau Tiedemann, Herr Koch und Frau Brand mehrheitlich angenommen.

17. Verschiedenes

Ausschussvorsitzender Herr Neuhoff hält fest, dass die Sitzungstermine für das Jahr 2025 noch in der Abstimmung sind.

Nach Abfrage von weiteren Wortmeldungen, schließt Herr Neuhoff den öffentlichen Teil der Sitzung und verabschiedet die Anwesenden.

Vorsitzender

Vorsitzende

Schriftführerin

Neuhoff
Bürgermeister

Eulig
Stadträtin

Mangels